

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 01.10.2009**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum Halle (Saale)
Große Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Heike Wießner		
	stimmberechti	
gtes Mitglied im JHA		
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Torsten Bognitz		
	Caritasverban	
d		
Herr Leonhard Dölle		
	Jugendwerksta	
tt Bauhof Halle		
Herr Uwe Kramer	Villa Jühling e.	
V.		
Frau Sylvia Plättner	AWO	als Vertretung für Frau Klotsch anwesend
Regionalverband Halle-Merseburg e. V.		
Frau Helga Schubert	DRK	
Kreisverband Halle-Saalkreis-Mansfelder Land e.		
V.		
Frau Katja Raab	FDP	
Herr EKHK Ralf Berger	Polizei Halle	
Frau Katharina Brederlow	Verw	
Frau Sabine Franz	Kirchenkreis	
Halle-Saalkreis		
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht	
Halle		
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Renate Leonhard	Katholisches	
Propsteipfarramt		
Herr Philipp Pieloth	Kinder- und	i.V. Sylvana Götz anwesend
Jugendrat		
Frau Peggy Rarrasch		
	Humanistische	
r RV		
Frau Heike Schmied	ARGE SGB II	
Halle GmbH		
Frau Beauftragte für Integration u. Migration Petra		
Schneutzer	Verw	
Frau Dr. Christina Slomka	Arbeitsagentur	
Halle		
Herr Uwe Steudel	LVWA, Abt.	
Schule und Kultur		
Frau Sabine Wolff	NEUES	
FORUM		
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS	Vertretung für Frau Brock
90/DIE GRÜNEN		
Frau Andrea Schneller-Panier	Verw	i.V. von Frau Kaupke anwesend

Entschuldigt fehlen:

Frau Dorothee Fischer V.	Villa Jühling e.	
Frau Beate Gellert Jugendhaus e. V.	Kinder- und	entschuldigt, Vertretung auch entschuldigt
Frau Antje Klotsch Regionalverband Halle-Merseburg e. V.	AWO	i.V. Frau Plättner
Herr Max Privorozki Gemeinde zu Halle	Jüdische	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	Verw	entschuldigt
Frau Inés Brock 90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS	i.V. Herr Paulsen anwesend

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.09.2009
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Wahl der Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
Vorlage: V/2009/08216
- 5.2. Familienberichterstattung - 2. Teilbericht Bildung
Vorlage: V/2009/08215
- 5.3. Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
1. Lesung
Vorlage: IV/2009/07886
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: IV/2009/08014
- 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08049
- 6.1.2 Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08044
- 6.2. Antrag der Fraktionen WIR.FÜR HALLE - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-MitBürger und NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zu Streetworkarbeit für alkoholkonsumierende Menschen
Nr. IV/2009/07956
- 6.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich
Vorlage: V/2009/08139
- 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)"
Vorlage: V/2009/08159

7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- der Verwaltung zum Konjunkturprogramm II
9. Arbeitsplanung
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende eröffnet.
Es wurde die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellte die Tagesordnung fest.

Frau Raab (FDP) bittet darum, dass der TOP 6.3 – Antrag der FDP-Stadtratsfraktion –
Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich Vorlage: V/2009/08139 – auf die Sitzung am
05.11.2009 verschoben wird.
Dem wird zugestimmt.

Die Tagesordnung wird in allen anderen Punkten bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.09.2009

Es wird um Korrektur auf Seite 8, Absatz 15 gebeten.
Hier muss es heißen: „... entsprechend der UN-richtlinien ...“

Keine weiteren Änderungen. Die Niederschrift wurde bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es in der letzten Sitzung im September keine
nichtöffentlichen Beschlüsse gab.
Es ist nichts bekannt zu geben.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Wahl der Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung Vorlage: V/2009/08216

Der Jugendhilfeausschuss hat die Vertreter und Stellvertreter für den Unterausschuss
Jugendhilfeplanung gewählt.
Der Unterausschuss setzt sich nach Abstimmung wie folgt zusammen:

Stadträte

Vertreter

Hanna Haupt (SPD)
Frau Wießner (CDU)
Ute Haupt (Die Linke)
Frau Raab (FDP)
Frau Wolff (Mitbürger für Halle-Neues Forum)

Stellvertreter

Herr Hopfgarten (SPD)
Herr Schachtschneider (CDU)
Herr Trömel (Die Linke)
Herr Adam (FDP)
Frau Brock (Bündnis 90/Die Grünen)

Freie Träger

Frau Klotsch (AWO)

Frau Plättner (AWO)

Herr Bognitz (Caritas)
Herr Kramer (Villa Jühling)

Herr Dölle (JW Bauhof)
Frau Gellert (Kinder- und Jugendhaus)

Die ordnungsgemäße Wahl der Vertreter und Stellvertreter wurde durchgeführt und abgeschlossen.

Durch Herrn Paulsen wird angefragt, inwieweit die Unterlagen für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zukünftig im Session zur Verfügung stehen.

Herr Kogge teilt hierzu mit, dass dies schwierig ist, da die freien Träger keinen Zugriff auf Session haben.

Herr Kramer teilt mit, dass die elektronische Versendung (per Mail) in der Vergangenheit gut gelaufen ist.

Ergebnis ist, dass die Versendung auch weiterhin elektronisch erfolgt.

zu 5.2 Familienberichterstattung - 2. Teilbericht Bildung **Vorlage: V/2009/08215**

Die Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt als 1. Lesung auf.
Der Jugendhilfeausschuss soll den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Herr Kogge führt zu dem 2. Teilbericht Bildung aus. Er informiert den Jugendhilfeausschuss.
Herr Weiske ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Kogge und steht für Fragen und Diskussion zur Verfügung.

Diskussion:

Frau Wolff fragt an, was unter einem Abgangszeugnis zu verstehen ist.

Herr Weiske antwortet, dass dies lediglich ein Nachweis darüber ist, dass die Schule besucht wurde.

Herr Schachtschneider empfiehlt auf Seite 73 in der ersten Empfehlung Wirtschafts- und Heimatkunde mit aufzunehmen.

Frau Raab, gibt zu bedenken, dass das Chorsingen nicht mit abgebildet ist. Die Singschule sollte nachfolgend mit aufgeführt werden.

Herr Weiske bittet Frau Raab um schriftliche Zusendung der Anmerkung.

Frau Wießner, empfiehlt die Schule am Lebensbaum mit aufzunehmen.

Frau Ute Haupt merkt an, dass die Handlungsempfehlungen zwar richtig jedoch nicht konkret genug sind.

Herr Weiske bemerkt, dass dies als Empfehlung zu sehen ist. Es schließt aber nicht aus, hier weitere Ziele zu erarbeiten und „festzuklopfen“.

Herr Kramer merkt an, dass aus seiner Sicht der Bereich Jugendbildung fehlt.
Sein Vorschlag: Ergänzung um diesen Bereich.

Herr Weiske bittet den Vorschlag schriftlich zu formulieren.

Herr Dölle bittet um differenzierte Abbildung betr. Förderschulen.
Weiterhin ist aus seiner Sicht der Bereich Jugendsozialarbeit zu kurz gekommen.
Seite 46, vorletzter Absatz ist zu ungenau beschrieben. Ist nicht mit Zahlen und Benennung von Schulen unternetzt.

Herr Weiske weist darauf hin, dass dies ein öffentlicher Bericht ist. Demzufolge sollte eine Stigmatisierung von Einrichtungen durch die Benennung nicht erfolgen.

Herr Paulsen meint, dass in dem „nicht benennen“ ein verschweigen stattfindet. Denn aus seiner Sicht hat die Schule bei jedem Schüler versagt, welcher keinen Abschluss hat.

Herr Schachtschneider sieht dies nicht so und unterstützt die Argumentation von Herrn Weiske.

Frau Plättner fragt an, inwieweit es stimmt, dass die BBS V geschlossen werden soll.

Herr Kogge antwortete darauf, dass die BBS lediglich das Gebäude wechselt, d.h. aber keine Schließung.

Frau Plättner merkt an, dass Horte an Förderschulen ein generelles Problem ist.

Hier stellt sich die Frage der Integration. Schwierig ist die anschließende Hortbetreuung außerhalb der Förderschule.

Der Bericht ist kein abschließender Bericht. Themen werden weiter erörtert.

Herr Kogge bedankt sich bei Herrn Weiske und für die Diskussion.

Der Jugendhilfeausschuss hat den Bericht in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung 1. Lesung Vorlage: IV/2009/07886

Die Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt als 1. Lesung auf.

Der Jugendhilfeausschuss soll den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Frau Hanna Haupt bittet hier vorrangig die freien Träger um Meinung und Diskussion.

Es wird der Teil 1 – Allgemeine Vorschriften zur Förderung und danach Teil 4 – Spezielle Regelungen für die Bereiche Frauen- und Gleichstellungsprojekte, Jugendhilfe, Kultur, Soziales, Sport – hier § 14 besprochen.

Herr Paulsen fragt an, warum überhaupt eine einheitliche Förderrichtlinie erarbeitet wurde. Aus seiner Sicht muss hier die Sinnhaftigkeit hinterfragt werden.

Frau Hanna Haupt macht deutlich darauf aufmerksam, dass dies eine Forderung des Stadtrates war und die Verwaltung diesen Auftrag umgesetzt hat.

Frau Hock teilt mit, dass eine Synopse erstellt werden soll. Diese liegt jedoch noch nicht vor, da dies eine erste Lesung ist.

Frau Wolff findet die Richtlinie nicht transparent. Ihr stellt sich die Frage der Effektivität.

Herr Kogge verweist auf die Rahmenrichtlinien in den großen Städten wie Leipzig, Chemnitz, Dresden. Er bittet Frau Wolff um Benennung, wo die fehlende Transparenz zu sehen ist.

Frau Rarrasch findet den Termin der Antragstellung (30.6.) als ungünstig.

Frau Brederlow gibt zu bedenken, dass bei späterem Antragschluss kaum noch Zeit zur Entscheidung bleibt. Hier müssen die Entscheidungsprozesse mit beachtet werden.

Frau Plättner teilt mit, dass man mit dem 30.6. insofern leben kann, wenn der Bewilligungsbescheid dann vor dem Maßnahmebeginn vorliegt.

Für **Frau Schubert** ist der 30.6. nachvollziehbar im Hinblick auf die Verwaltung. Daraus folgt aber die Verpflichtung der Verwaltung mit der Terminierung der Bewilligungen an die freien Träger.

Frau Hock führt aus, dass die Transparenz dieser gemeinsamen Richtlinie darin liegt, dass alle Richtlinien vereint sind und daraus eine Gesamtübersicht resultiert.

Im Ergebnis der Diskussion kann festgehalten werden, dass der 30.6. als Termin der Antragstellung benannt wird, jedoch die Bewilligung für die freien Träger (durch Beschluss JHA) bis zum 30.11. erfolgt. Dies stellt eine Verbindlichkeit der Verwaltung dar.

Herr Dölle merkt an, dass im § 2, Punkt 2 der § 28 gestrichen werden muss.

Frau Rarrasch ist der Meinung, dass Eigenleistungen konkreter beschrieben werden müssen.

Herr Kogge macht darauf aufmerksam, dass je mehr festgeschrieben und definiert ist um so „negativer“ ausgelegt werden kann.

Frau Wolff fragt zu § 8, Punkt 4 an, inwieweit statt 15% nur 10% der zuwendungsfähigen Kosten als Eigenanteil in Form einer Geldleistung durch den Antragsteller erbracht werden müssen.

Herr Kramer fragt an, inwieweit in Punkt 4 (§ 8) eine Dynamik bei den 7,50 € mit formuliert werden kann.

Herr Bognitz möchte wissen, wie die Prüfung der Leistungsfähigkeit erfolgt.
Die Prüfung der Leistungsfähigkeit erfolgt über das zuständige Amt in Gesprächen.

Eine Änderung im § 14 – Spezielle Regelungen für Leistungen der freien Jugendhilfe - muss erfolgen.
Hier muss Punkt 6. – Ehrenamt nach dem § 73 SGB VII - gestrichen werden.

Der Jugendhilfeausschuss hat die Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung in einer 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut Vorlage: IV/2009/08014

Der Antrag wird zurückgestellt und nach Absprache zwischen Frau Ute Haupt und Frau Hanna Haupt zu gegebener Zeit erneut eingebracht.

zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut Vorlage: IV/2009/08049

Der Antrag wird zurückgestellt und nach Absprache zwischen Frau Ute Haupt und Frau Hanna Haupt zu gegebener Zeit erneut eingebracht.

**zu 6.1.2 Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: IV/2009/08044**

Der Antrag wird zurückgestellt und nach Absprache zwischen Frau Ute Haupt und Frau Hanna Haupt zu gegebener Zeit erneut eingebracht.

**zu 6.2 Antrag der Fraktionen WIR.FÜR HALLE - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-MitBürger und NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zu Streetworkarbeit für alkoholkonsumierende Menschen
Nr. IV/2009/07956**

Zu dem Antrag teilt **Herr Kogge** mit, dass gemäß § 71 SGB VIII sich der Jugendhilfeausschuss mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe zu befassen hat.
Die hier aufgeworfene Problematik ist keine Aufgabe der Jugendhilfe, da es sich um alkoholranke Menschen handelt, die in der Regel älter als 21 Jahre sind und ein sozial auffälliges Verhalten zeigen, indem sie z.B. in der Öffentlichkeit trinken, mit all den bekannten Folgeerscheinungen.

Insofern muss der Jugendhilfeausschuss die Behandlung des Antrages ablehnen, da er nicht zuständig ist.

**zu 6.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich
Vorlage: V/2009/08139**

Der Antrag der FDP-Stadtratsfraktion – Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich wurde auf den Jugendhilfeausschuss am 05.11.2009 vertagt.

**zu 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)"
Vorlage: V/2009/08159**

Zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“ führt **Frau Brederlow** aus, dass das KiföG gilt.

Das Gesetz befindet sich in der Beschlussfassung (der Passus § 90 SGB VIII wird gestrichen).
Der Stadtrat hat der Gebührensatzung zugestimmt. Der Beschluss sagt aus, dass die Gebührensatzung angepasst wird, sobald Änderungen im KiföG erfolgen.

Herr Paulsen bemerkt hier, dass doch dann jetzt die beantragten Änderungen vorgenommen werden können und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen werden kann.

Herr Kogge weist ausdrücklich darauf hin, dass Änderungen kommen werden, demzufolge sei dieser Antrag hinfällig. Bis dahin gilt der Stadtratsbeschluss zur Gebührensatzung

Herr Dölle schließt sich den Ausführungen von Herrn Kogge an und teilt mit, dass er sich ebenso an den Stadtratsbeschluss halten wird. Änderungen sollten erst erfolgen, wenn neue Regelungen vom Land kommen.

Frau Wießner stellt den Antrag, dass hier ein Abbruch der Diskussion erfolgt, da diese Diskussion im Moment nichts bringt. Es liegt ein Stadtratsbeschluss zur Gebührensatzung vor, welcher aussagt, dass eine Anpassung erfolgt, sobald Änderungen im KiföG.

Frau Hanna Haupt bittet hier um Abstimmung zum Antrag von Frau Wießner. Dem Antrag von Frau Wießner wird mehrheitlich zugestimmt. Die Diskussion wird abgebrochen.

Es wird über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	9
Stimmenthaltung:	1

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der „Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)“ wurde durch den Jugendhilfeausschuss **mehrheitlich** abgelehnt.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 8 Mitteilungen - der Verwaltung zum Konjunkturprogramm II

Zum Konjunkturpaket II gibt es keinen neuen Mitteilungsstand.

Weitere Mitteilung

Es wird darum gebeten den Termin der Sondersitzung am 29.10.2009 zu verschieben. Der Jugendhilfeausschuss hat sich auf einen **neuen Termin am 26.11.2009, 16.00 Uhr, Schopenhauerstraße 4, Raum 117 geeinigt**. Dem neuen Termin wurde zugestimmt.

zu 9 Arbeitsplanung

Die Verwaltung teilt zur Arbeitsplanung mit, dass die Satzung zur Schülerbeförderung und Information Bericht Quartiersmanagement in der Sitzung am 05.11.2009 geplant sind.

zu 10 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Die Anfragen von Frau Ute Haupt, Frau Wießner, Frau Wolff und Herrn Dölle wurden durch die Verwaltung beantwortet und in Schriftform überreicht.

Zur Anfrage betr. Stellvertreter Jugendhilfeausschuss führt **Frau Brederlow** aus.
Herr Trömel bittet hier um Übergabe der schriftlichen Ausführungen.
Aus seiner Sicht ist die Frage nach den Stellvertretern nicht beantwortet.

Herr Kogge erläutert nochmals das Wahlverfahren.

Das Ergebnis der Diskussion: Herr Bognitz wird die Vertreter schriftlich fixieren und der Verwaltung zu kommen lassen.

Frau Ute Haupt fragt an, inwieweit das hallesche Fan Projekt in das Theaterstück des Thalia Theaters involviert ist und einbezogen wurde.

Frau Ute Haupt fragt weiter an, inwieweit es das Netzwerk Kinderschutz in der Stadt Halle gibt.

zu 11 **Anregungen**

Frau Wolff bittet um Übersendung der Termine sowie der Orientierungsergebnisse für die Sozialraumrunden.

gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Andrea Schneller-Panier
stellv. Protokollführerin